

Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und AfD sowie der Gruppe GUT, RM Gerlach und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) sowie bei Stimmenthaltung der Oberbürgermeisterin **abgelehnt**.

II. Abstimmung über den Ursprungsantrag der Fraktionen SPD, Die Linke sowie RM Gerlach und RM Wortmann (Freie Wähler Köln), mit den Änderungen aus dem Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Köln bekennt sich ausdrücklich zu einer Betriebsstation für Rettungshubschrauber auf dem Gebiet der Stadt Köln. Dies ist für die medizinische Notfallversorgung der Kölner Bevölkerung unerlässlich.
2. **Die Hubschrauberbetriebsstation wird endgültig nicht in Betrieb genommen. Die Verwaltung wird beauftragt darzulegen, welche Haushaltsauswirkungen eine Aufgabe der Rettungshubschrauberstation auf dem Kalkberg hat und welche Schadenersatzansprüche im Zusammenhang mit der Sanierung und dem Bau der Hubschrauberbetriebsstation auf dem Kalkberg bestehen bzw. im Klageweg noch gefordert werden können.**
Alle weiteren Sanierungsmaßnahmen des Kalkbergs erfolgen ausschließlich unter den Kriterien Sicherheit der Bevölkerung und Gesundheitsschutz der Anwohner*innen.
Um zeitliche Verzögerungen zu vermeiden, wird die Verwaltung beauftragt, in einer weiteren Machbarkeitsstudie die verschiedenen Möglichkeiten einer nachhaltigen, zukünftigen Nutzung unter Einbeziehung der Bürgerschaft darzustellen.
3. Der Rat der Stadt Köln begrüßt die Bereitschaft des Flughafens, eine ergebnisoffene Machbarkeitsstudie zur dauerhaften Stationierung der Hubschrauber durchzuführen. Hierbei sind insbesondere auch die Belange der anliegenden Wohnbevölkerung zu berücksichtigen.
4. Die „Übergangslösung“ Flughafen bleibt bis zur Inbetriebnahme einer neuen Hubschrauberbetriebsstation bestehen. **Die Verwaltung wird beauftragt, zeitnah eine dem Stand der Technik angemessene Lösung für die momentan vor Ort befindliche Besatzung umzusetzen.**

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und AfD sowie der Gruppe GUT und RM Gerlach und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) sowie bei Stimmenthaltung der Oberbürgermeisterin **zugestimmt**.

Anmerkungen:

Der Antrag wurde zusammen mit Antrag TOP 3.1.11 unter TOP 3.1.2 behandelt und nach Top 3.1.11 abgestimmt.

RM Petelkau bittet, den Beschluss zu beanstanden, da er für die Auswirkungen auf den Haushalt durch die Abschreibungen keine Deckung vorsehe. Frau Oberbürgermeisterin Reker sagt eine Prüfung zu.